

Wasbeker müssen neu beraten: Die Rücklage ist aufgebraucht

Die Gemeinde leidet unter stark gesunkenen Steuereinnahmen / Haushalt soll neu überdacht werden / Finanzausschuss berät nochmals

Wasbek/gb – Am Mittwoch beschäftigten sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss im Gemeindezentrum erstmalig mit den Haushaltszahlen für 2010. Grund zur Freude hatten die Ortspolitiker um den Vorsitzenden Michael Rohwer nicht. Die Rücklagen (rund 366 000 Euro) sind vollständig aufgebraucht. Der Etat lässt sich nicht ausgleichen. Es fehlen bei rea-

listischer Einschätzung der Lage rund 45 000 Euro in der Kasse. Der Fehlbetrag könnte mit einer Kreditaufnahme vom Tisch gefegt werden. Möglich wäre es auch, die Einnahmenseite zu schönen, zum Beispiel indem man den Verkauf von gemeindeeigenem Bauland im Ortszentrum, ehemals Hofstelle Kühl, einkalkuliert. Das könnte, wie zu hören war, leicht und locker so

um die 180 000 Euro einbringen. Theoretisch ja, wenn die Erschließungskosten auf der Ausgabenseite ignoriert werden und alle davon ausgehen, dass die Grundstücke innerhalb von wenigen Monaten verkauft sind. Doch weder die CDU-Fraktion noch die Mandatsträger der Wählergemeinschaft Bürgerliche Mitte in Wasbek (BMW) scheinen damit spielen zu wollen. „Wir

wollen einen seriösen Haushalt“, unterstrich Karl-Heinz Rohloff (CDU). Und für die BMW betonte Uwe Pauschardt, dass „der Haushalt schon die wahre Situation ausdrücken sollte“.

Vor der letzten Sitzung der Gemeindevertretung in diesem Jahr wollen die Ausschussmitglieder noch eine zweite Haushaltslesung auf die Beine stellen, damit ein ausgeglichener Etatentwurf

abgesegnet werden kann. Es sind vor allem dramatisch sinkende Steuereinnahmen, die den Kommunalpolitiker ernsthafte Bauchschmerzen bereiten. Die Gewerbesteuer rutscht von 980 000 Euro auf geschätzte 450 000 Euro ab, und der Gemeindeanteil an den Einkommensteuern fällt von 710 000 Euro bis 583 000 Euro in den Keller. Gleichzeitig steigt die Kreisumlage um

rund 41 000 Euro auf 636 000 Euro. Dagegen verändert sich die zu zahlende Verwaltungskostenpauschale an die Stadt Neumünster mit 210 500 Euro nicht. Und weil sich nun auch die Gemeinde Bönebüttel von der Stadt verwaltet lässt, kündigte Bürgermeister Bernd Nützel auch Stadtgespräche mit dem Ziel einer Verringerung des Pauschalbetrages an.